

FLORIAN COULMAS (Hrsg.): **A language policy for the European Community: prospects and quandaries**. Berlin/New York: Mouton de Gruyter, 1991. X + 311 S. (Contributions to the Sociology of Language, Bd. 61).

16 Beiträge zu Fragen und Problemen der Sprach(en)politik in der Europäischen Gemeinschaft bilden den Inhalt dieses Bandes, der zugleich die Akten zu einer 1989 in Bad Homburg abgehaltenen Tagung darstellt. Der Herausgeber Florian Coulmas, derzeit an der Philosophischen Fakultät der Chuo Universität in Tokio, deutet in seinem dreisprachig (lateinisch, englisch, deutsch) verfaßten Vorwort (v–vii) die Hauptproblematik bereits an: Welche Rolle werden die einzelnen Nationalsprachen in einem vereinten Europa spielen? Wird Englisch zur (alleinigen) europäischen *lingua franca*? Wie wird die (aktive und passive) fremdsprachliche Kompetenz der zukünftigen Europäer beschaffen sein?

Bezeichnenderweise ist trotz der vom Hrsg. propagierten prinzipiell freien Sprachenwahl (empfohlen wurden jedoch Deutsch, Englisch oder Latein) jeder Beitrag in englischer Sprache verfaßt, obwohl für die meisten Autoren (aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien und – mehrheitlich – Deutschland) diese Sprache nicht die Muttersprache ist. Die Dominanz des Englischen wird von Coulmas bereits eingangs (v) als unumstößliche Tatsache betrachtet: „Today, the most powerful language, the language of the most powerful, is English“ – wobei vor allem die zweite Behauptung einer politisch-wirtschaftlichen Interpretation – jedenfalls europaweit – nicht standhalten kann.

Der erste Beitrag („European integration and the idea of the national language“ (S. 1–43)) befaßt sich mit der Frage, wie eine koordinierte Sprach(en)politik der Europäischen Gemeinschaft gestaltet werden muß und welche Möglichkeiten bestehen, in ihrer 320 Millionen starken Bevölkerung ökonomische, soziale und politische Integration zu erzielen. Die bisherigen sprachpolitischen Maßnahmen der EG – die entsprechenden Gesetzestexte sind im Anhang abgedruckt – betreffen die Bereiche Sprachenstatus (Offizielle Sprache, Nationalsprache), Sprachgebrauch in und um Umgang mit EG-Institutionen, Übersetzung und Terminologiebildung, Fremdsprachenunterricht für EG-Bürger und Minderheitenschutz. Manches Problem wird deutlich: z. B. die hohe (und noch wachsende) Zahl der offiziellen Sprachen und die damit verbundenen praktischen Probleme (z. B. derzeit 72 Sprachenpaare bei Übersetzungen) sowie die immensen Kosten und langen Wartezeiten; oder die Bemühungen, eine EG-weite Verbesserung der Fremdsprachenkompetenz zu erreichen (hier werden große Hoffnungen auf das 1990 angelaufene multidisziplinäre LINGUA-Programm gesetzt); die offensichtliche Diskrepanz zwischen EG und Mitgliedstaaten in der Behandlung der Minderheiten. Coulmas führt etliche der Probleme auf ideologische Gründe zurück, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben (z. B. die Tradition des sprachlichen Nationalismus seit der Aufklärung und der Romantik) und deshalb überwunden werden müssen. Zudem solle die Frage der zukünftigen *lingua franca* nicht von vornherein zugunsten des Englischen, sondern politisch entschieden

werden. Sprache dürfe außerdem nicht mehr nur als ideelles Gut betrachtet werden, sondern zunehmend als Wirtschaftsfaktor, der z. B. Arbeitskräfte schafft und das Bruttozialprodukt steigert (z. B. Englisch als weltweite Exportsprache).

Andrée Tabouret-Keller („Factors of constraints and freedom in setting a language policy for the European Community: A sociolinguistic approach“ (S. 45–57)) faßt aus juristischer Sicht die legislativen EG-Beschlüsse zum Schutze von Sprachenrechten und die Möglichkeiten, diese auf nationaler Ebene einzuklagen, zusammen und untersucht die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (in Straßburg), die im Unterschied zum Status der erst 1988 verabschiedeten Europäischen Charta für Regional- und Minderheitensprachen internationale Gültigkeit besitzen. Aus diesen Fakten ergeben sich Empfehlungen für eine zukünftige europäische Sprachenpolitik und für die Lösung von Problemen, die vor allem soziolinguistischen Charakter haben bzw. haben werden. Die wirtschaftliche und historische Situation in Westeuropa wird beim Ausbau des europäischen Hauses eine entscheidende Rolle spielen und wegweisend sein für die künftige Marschrichtung (z. B. Englisch als Verkehrs- und Arbeitssprache).

„Language conflicts in multilingual Europe – prospects for 1993“ (S. 59–73) lautet der Artikel von Peter Hans Nelde, in dem Ursachen ethnischer und sprachlicher Konflikte diskutiert und anhand von Beispielen aus offiziell mehrsprachigen EG-Ländern (z. B. Schweiz, Belgien, Luxemburg) illustriert werden. Dabei werden auch Probleme deutlich, die zwischen autochthonen und allochthonen Minderheiten sowie durch Mehrsprachigkeit in urbanen Gebieten (z. B. Dublin, Brüssel, Bozen) entstehen können. Einige der konfliktlösenden legislativen und politischen Maßnahmen, die in der Vergangenheit in verschiedenen Staaten (vor allem Belgien) unternommen wurden, werden vorgestellt (z. B. Einführung des Territorialitätsprinzips, Deemotionalisierung des Sprachenstreits). Zur Lösung der zu erwartenden europäischen Sprachenkonflikte empfiehlt der Autor, auf aufwendige und kostspielige Fremdsprachennivierungsprogramme und dergleichen zu verzichten und stattdessen Vorurteile und Stereotype zwischen Nachbarsprachen und -kulturen zu verringern und ein Hauptaugenmerk auf deren lokale und regionale Besonderheiten zu legen. Die Pionierfunktion, die dabei die Schweiz und Belgien übernehmen, dürfe nicht unterbewertet werden.

Richard J. Watts stellt die Mehrsprachigkeit in der Schweiz in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen („Linguistic minorities and language conflict in Europe: Learning from the Swiss experience“ (S. 75–101)). Er geht dabei vor allem der Frage nach, welchen Zugang Sprecher einer Minderheitensprache (z. B. Rätoromanisch) in einem mehrsprachigen Staat (wie der Schweiz) zu den kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und bildungsspezifischen Möglichkeiten haben und wie diese Minderheiten durch eine flexiblere Handhabung des Territorialitätsprinzips geschützt werden können. Zu diesem Zweck werden die politischen und soziokulturellen Verhältnisse in der Schweiz diskutiert, deren positive und negative Aspekte Aufschlüsse über mögliche Probleme der politischen und sozioökonomischen Organisation Europas nach 1992 geben können. Die Spannungen, die Watts für die Schweiz beschreibt, und die Lösungsstrategien, die er vorschlägt, könnten in makroskopischer Vergrößerung auch für ein vereintes Europa Gültigkeit besitzen.

Für Harald Haarman („Language politics and the new European identity“ (S. 103–119)) besteht das Hauptproblem in der Herausbildung einer europäischen Identität. Da nationale Identitätsfindung in den europäischen Einzelstaaten besonders seit dem 19. Jahrhundert traditionell über die jeweilige Nationalsprache erreicht wird, könne dieser Prozeß nicht auf eine supranationale, also europäische Ebene übertragen werden. Stattdessen sei eine „multiple Identität“ zu erreichen, die neben nationalen Identifikationsmustern möglichst viele interkulturelle supranationale Elemente enthalten müsse. (Ansätze hierfür seien in dem bereits erwähnten Unterrichtsprogramm LINGUA zu finden, das die Vermittlung von zwei Fremdsprachen in jedem EG-Mitgliedstaat vorsieht.) Von besonderer Bedeutung sei dabei der Faktor „Prestige“, der jeder Sprache eignen und deswegen von offizieller Seite entwickelt werden müsse („prestige planning“). Dadurch könnten auch Minderheitensprachen (z. B. Katalanisch) eine höhere Wertigkeit erfahren und sogar in den Kreis der offiziellen Sprachen aufgenommen oder zumindest aufgrund ihres spezifischen ethnischen Charakters als kulturelle Besonderheiten dargestellt werden. Eine adäquate europäische Sprachenpolitik müsse deswegen vor allem dafür Sorge tragen, daß Muttersprache(n) und offizielle Sprache(n) gleichermaßen unterrichtet und gefördert werden. Entsprechend ihren verschiedenen Funktionen könnte somit z. B. eine EG-Sprache mit großer Kommunikationsweite parallel zu einer Minderheitensprache erlernt werden. Eine derartige multifunktionale sprachpolitische Konzeption wäre geeignet, eine neue – europäische – Identität zu schaffen.

Roland Posner („Society, civilization, mentality: Prolegomena to a language policy for Europe“ (S. 121–137)) definiert mit Hilfe der drei im Titel genannten Parameter den Begriff „Kultur“ bzw. „nationale Kultur“, der die Grundlage für mehrsprachige Gesellschafts-

steme darstellt. Das Ideal einer europäischen Sprachenpolitik müsse dabei im Miteinander von ein- und mehrsprachigen Individuen, Territorien und Kommunikationsformen liegen. So wirke sich z. B. das Nebeneinander von offiziell zweisprachigen Gebieten (z. B. Brüssel) und offiziell einsprachigen Territorien (z. B. Niederlande, Frankreich, Deutschland) fruchtbar auf die Bewohner aus. Zu den Maximen für eine effiziente europäische Strategie zähle die besondere Förderung von mehrsprachigen Familien, Schulen und Unterrichtsformen. Neben der Muttersprache solle die Weltsprache Englisch und eine zweite Sprache erlernt werden, die nicht aus der gleichen Sprachenfamilie wie die Muttersprache stammt (z. B. eine germanische und eine romanische Sprache). Außerdem sollten Einblicke in das Sprachsystem möglichst vieler verwandter Sprachen (z. B. Deutsch, Dänisch, Niederländisch) gewährt werden, um so eine gewisse passive Sprachkompetenz in diesen Sprachen aufzubauen. Schließlich sei ein neues Verständnis von „sprachbezogener Höflichkeit“ unabdingbar. Dieses bestehe darin, daß die Beibehaltung der Muttersprache im Gespräch mit einem anderssprachigen Kommunikationspartner nicht mehr als unhöflich gilt. Es sei vielmehr wünschenswert, grundsätzlich die eigene Sprache zu sprechen, vorausgesetzt die gegenseitige Verständigung ist dadurch nicht gefährdet. Freie Sprachenwahl in jeder Situation solle sogar Bestandteil der Menschenrechte werden.

Nick Roche („Multilingualism in European Community meetings – a pragmatic approach“ (S. 139–146)) berichtet von seinen Erfahrungen mit dem Phänomen der Vielsprachigkeit im Sitzungsalltag europäischer Institutionen. Dabei wendet er sich gegen übertriebene juristische Regelungen, die jede (Minderheiten-)Sprache mit Rechten versieht, deren Anwendung die EG-Gremien vor unlösbare praktische Probleme stellt, die tägliche Arbeit ineffizient gestaltet und sich sogar kontraproduktiv auswirken kann. So werden Übersetzungsdienste oft nur geleistet, um den Bestimmungen Genüge zu tun, ohne daß jedoch ein echtes Bedürfnis vorliegt (z. B. Übersetzungen vom Portugiesischen ins Niederländische, obwohl jeder niederländische Teilnehmer die englische Übersetzung wählt). Der Gebrauch einer gängigen Fremdsprache als Arbeitssprache sei deshalb unerlässlich, auch wenn diese (vor allem das Englische) unübersehbaren Pidginisierungsgefahren ausgesetzt sei. Letztlich gelte jedoch der Grundsatz: „The best guarantee of survival is the ability to adapt to the world in which we, and our languages, live“ (S. 146).

Harald Koch beschäftigt sich mit dem Thema „Legal aspects of a language policy for the European Communities: Language risks, equal opportunities, and legislating a language“ (S. 147–161) und zeigt anhand konkreter Fälle sprachliche Probleme („Sprachrisiken“) bei Vertragsverhandlungen und in Gerichts- und Verwaltungsverfahren auf. Am Beispiel des französischen Sprachgesetzes von 1975 („La loi relative à l'emploi de la langue française“) wird die Problematik diskutiert, die Nationalsprache im eigenen Land juristisch zu schützen bzw. vorzuschreiben. Als Fazit werden fünf Empfehlungen für eine zukünftige europäische Sprachpolitik gegeben, so z. B. besondere Schutzbedingungen für den ausländischen Vertragspartner bei Kauf- oder Arbeitsverträgen.

Den Einfluß europäischer Regelungen auf die Sprachpolitik der Mitgliedstaaten untersucht Bruno de Witte („The impact of European Community rules on linguistic policies of the Member States“ (S. 163–177)). Obwohl der EG-Vertrag keinerlei Bestimmungen zum Sprachgebrauch außerhalb der europäischen Institutionen vorsieht und keinerlei Weisungen zu Kultur und Sprache der Mitgliedstaaten enthält, ist die Wirkung der EG-Sprachpolitik auf diese Bereiche nicht zu übersehen. Sie wurde vor allem durch EG-Direktiven erreicht (z. B. zum transnationalen Fernsehen, zur Warenauszeichnung), die das Ziel verfolgen, freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie die grenzübergreifende Mobilität von EG-Bürgern zu gewährleisten. So sind beispielsweise die Mitgliedstaaten verpflichtet, für Kinder von Wanderarbeitern innerhalb der Gemeinschaft einen speziellen Sprachunterricht zu organisieren. Der Autor erhofft sich schließlich die Abstimmung von nationaler und EG-Politik in bezug auf den Schutz und die Subventionierung von Regional- und Minderheitensprachen.

Hartmut Haberland („Reflections about minority languages in the European Community“ (S. 179–194)) problematisiert das Konzept „Minderheit“, das bisher noch nicht eindeutig definiert wurde. Die Unterscheidung zwischen Minderheitensprachen und sprachlichen Minderheiten erscheine deswegen sinnvoll, zumal in einer Europaratsresolution ausdrücklich von „Sprachen und nicht sprachlichen Minderheiten“ (S. 181) die Rede ist. Eine inhaltliche Bestimmung von „Minderheit“ müsse immer die Bezugsgröße „Nationalsprache“ und die Faktoren „Sprecherzahl“ und „Macht“ enthalten sowie das Recht der Selbstzuordnung zu einer Gruppe und die Anerkennung durch andere Gruppen. Die Klassifizierung von Minderheiten dürfe ferner die Dimensionen „autochthon/immigriert“ sowie „territorial kompakt/diffus“ nicht unberücksichtigt lassen. Haberland plädiert deshalb für eine Bestandsaufnahme aller Sprachen Europas, um anhand dieser Daten eine fundierte, realitätsbezogene Sprachpolitik zu gestalten, die den Minderheitensprachen im doppelten Sinne Rechnung trägt: als regionale Minoritäten (innerhalb eines Landes)

und als „nationale“ Minderheiten (innerhalb der Gemeinschaft).

Die Situation von Wanderarbeitern in der EG ist Gegenstand des Beitrags von Konrad Ehlich („Linguistic ‚integration‘ and ‚identity‘ – the situation of migrant workers in the EC as a challenge and opportunity“ (S. 195–213)). Da die Bereitschaft zur Mobilität und damit die sprachliche Qualifikation in Zukunft eine Schlüsselrolle spielen werden, die nationalen Bildungssysteme darauf jedoch bisher nicht oder nur unzureichend vorbereitet sind, gelte es, den Unterschied zwischen „Sprache als Kommunikationsmittel“ und „Sprache als identitätsstiftender Faktor“ stärker in sprachpolitische Planungen mit einzubeziehen. Die Konsequenz für Europa könne deswegen nur sein, die Bedeutung der Mehrsprachigkeit zu erkennen und diese auf allen Ebenen (z. B. auf der wirtschaftlichen, aber auch sprachwissenschaftlichen) zu fördern. Die traditionellen Schulsysteme seien überdies nicht in der Lage, die erforderliche sprachliche Qualifikation zu vermitteln. Hier seien neue Wege (z. B. Immersionsklassen) ebenso unumgänglich wie in der Linguistik, die sich verstärkt um Inhalte wie z. B. Abstand- und Ausbausprachen („language proximity“), Sprachpragmatik und angewandte Soziolinguistik kümmern müsse.

Vom Anspruch der jüngsten britischen Bildungsreform und von den Schwierigkeiten, diese in die Tat umzusetzen, handelt die Untersuchung von Michael Stubbs. „Educational language planning in England and Wales: Multicultural rhetoric and assimilationist assumptions“ (S. 215–239). Kernstück der *Education Reform Act* von 1988 ist das sog. „nationale“ Curriculum, das aufgrund des britischen Bildungssystems jedoch nur für England und Wales gültig ist. Es schreibt erstmals das Erlernen einer modernen Fremdsprache für den Sekundarbereich als obligatorisch fest und sieht innerhalb des Englischlehrplans die Komponente „Sprachbetrachtung“ zur Schärfung des Sprachbewußtseins vor. Angesichts fehlender Mittel, wachsender Absichtserklärungen und einer praktisch inexistenten umfassenden Sprachpolitik entlarvt Stubbs diese hehren Ziele jedoch als bloße Lippenbekenntnisse und macht dafür vor allem eine ethnozentristische und assimilationistische Grundhaltung verantwortlich, die er in einer Reihe von Regierungsbeschlüssen (seit 1975) verwirklicht sieht. Dadurch würden z. B. soziale Vorteile an die Beherrschung eines einzigen Sprachmodells, des *Standard English*, gekoppelt und andere autochthone Sprachen (z. B. Walisisch außerhalb von Wales – entsprechend dem Territorialitätsprinzip) auf den Rang von Minderheitensprachen reduziert sowie allochthone Sprachen (z. B. asiatische Sprachen) – deren Sprecher jedoch britische Staatsbürger sind – *de facto* ignoriert (z. B. Nichtberücksichtigung bei Volkszählungen). Deswegen sei eine Verbesserung der Situation nur durch die Bekämpfung von Vorurteilen in der Bevölkerung, durch die Hinführung zur Akzeptanz einer multikulturellen Gesellschaft (z. B. durch die Medien, durch die Einrichtung von Lehrstühlen für Minderheitensprachen) zu erreichen.

Ulrich Ammon beschäftigt sich in seinem Artikel „The status of German and other languages in the European Community“ (S. 241–254) mit der Analyse empirischer Daten zu den einzelnen Sprachen – mit dem Ziel, den Status einer Sprache innerhalb der EG zu bestimmen. Dabei spielen Parameter wie „numerische Stärke“, „sozialer Charakter“ (z. B. Wohlstand, Gesellschaftsstruktur), „Funktionen“, „geographische Distribution“, „Prestige“ eine entscheidende Rolle. Diese sind jeweils auf nationaler, europäischer und globaler (i. e. weltweiter) Ebene zu betrachten. Dabei kristallisieren sich zwei Korrelationsreihen heraus, deren Komponenten jeweils in enger Beziehung zueinander stehen. Es sind dies 1. Numerische Stärke/offizieller Status/offizielle Funktion und 2. Wissenschaftliche Funktion/wirtschaftliche Stärke/Rolle im Fremdsprachenunterricht. Auf das Deutsche angewandt, das als offizielle EG-Sprache vor dem Englischen und Französischen die meisten Sprecher aufweist und dessen wirtschaftliche Stärke ebenfalls die Liste der EG-Länder anführt, treffen beide Korrelationen zu, wenngleich es als EG-Fremdsprache nur die dritte Stelle einnimmt und auch als Wissenschaftssprache nicht führend ist. In beiden Bereichen ist das Englische klar dominant und wohl auch nicht mehr einzuholen. Eine weltweite Perspektive (z. B. Rolle in der UN, weltweite Verbreitung, wissenschaftl. Funktion) macht überdies den besonderen Status des Englischen hinsichtlich aller Parameter und damit den Führungsanspruch als europäische *lingua franca* deutlich.

Pádraig Ó Riagáin behandelt den Sonderfall der irischen Sprache, die in Irland zugleich National- und Minderheitensprache ist („National and international dimensions of language policy when the minority language is a national language: the case of Irish in Ireland“ (S. 255–277)). Im Mittelpunkt steht die Sprachpolitik der irischen Regierung in Geschichte und Gegenwart. Dabei werden vor allem die politischen und soziokulturellen Aspekte der Zweisprachigkeit Irisch/Englisch herausgearbeitet. Aufgrund der prekären Situation des Irischen – weniger als 10% geben an, Irisch im täglichen Gebrauch aktiv zu verwenden – hängt die Zukunft dieses nicht zu den offiziellen EG-Sprachen zählenden Idioms in hohem Maße von einer auf Bilinguismusförderung bedachten nationalen Sprachpolitik ab – vor allem im Bereich des Unterrichtswesens – und von geeigneten politischen Programmen und legislativen Maßnahmen der EG,

die Minderheitensprachen stärker zu schützen und in ein Gesamtkonzept der europäischen Vielsprachigkeit einzubinden. Die europaweite Dominanz des Englischen als zweite Schulsprache jedenfalls bereitet den Iren wenig Kopfschmerzen, da alle Sprecher des Irischen auch fließend Englisch beherrschen.

Die übermächtige Position der englischen (und französischen) Sprache stellt jedoch ein beträchtliches Problem für die Rolle Griechenlands in der Gemeinschaft dar. Theodossia Pavlidou entwirft in ihrem Beitrag „Linguistic nationalism and European unity: The case of Greece“ (S. 279–289) ein düsteres Bild vom Stellenwert des Griechischen, dessen einzige Überlebenschancen sich aus den Impulsen eines sprachlichen Nationalismus zu ergeben scheinen. Zu isoliert stehe Griechenland und die von 10 Millionen Griechen gesprochene Sprache im europäischen Verbund da – in territorialer, numerischer, wirtschaftlicher und linguistischer Hinsicht. Da sich die politischen Möglichkeiten der EG derzeit in der Bewahrung des Status quo zu erschöpfen scheinen, sei vor allem die Förderung des Sprachunterrichts derjenigen offiziellen EG-Sprachen als Fremdsprachen erforderlich, die einen nur geringen Verkehrswert haben (Portugiesisch, Griechisch, Dänisch). Vergleichende Forschungsprojekte über die sprachliche Situation peripherer EG-Staaten könnten ferner wertvolle Aufschlüsse über soziokulturelle und soziolinguistische Aspekte (auch der dortigen Minderheitensprachen) liefern.

Die Rolle Italiens in der Europäischen Gemeinschaft ist Gegenstand des letzten Artikels („Italian in the European Community: An educational perspective on the national language and new language minorities“ (S. 291–299)). Elisabetta Zuanelli beschreibt zunächst die komplexe sprachliche und demographische Situation Italiens (Hochsprache – Dialekte – Minderheitensprachen – Sprachen der insgesamt 1 Millionen Ausländer) und zeigt die damit verbundenen Probleme auf. Sie erhebt sodann die Forderung an die zukünftige italienische und europäische Sprachenpolitik, Minderheitensprachen und – innerhalb Europas – kleinere EG-Sprachen juristisch zu schützen und verstärkt in den mutter- und fremdsprachlichen Unterricht mit einzubeziehen, um einer drohenden kulturellen und sprachlichen Assimilation an die dominanten EG-Sprachen, vor allem an das Englische, entgegenzuwirken. Konkret seien z. B. Lehrpläne denkbar, die die Vermittlung von drei Sprachen vorsehen: der nationalen Landessprache, einer weiteren Sprache des Landes mit regionaler oder lokaler Verbreitung sowie einer internationalen Fremdsprache. Auf Italien bezogen wären dies z. B. im Aostatal Italienisch, Französisch, Englisch, in einigen Gemeinden Südtaliens Italienisch, Griechisch/Albanisch, Englisch.

Ein detaillierter Sach- und Namensindex (S. 303–308, S. 309–311) beschließt das Werk. Folgende Druckfehler wurden entdeckt: *on a the conditions* (vi), *ist occasionally limited* (7), *learining* (9), *widspread* (12), *importnace* (14), *pregrogatives* (16), *Insituito* (17, 31), *par le group d'experts* (29), *Parilamentary* (181), *easily* (196), *it provids* (201), *participation* (275), *connencted*, *Union Valdotain* (291), *socioloinguistic factors* (292), *reult of* (297).

Elmar Schafroth